

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow WP 2014 bis 2016**  
**Antrag an die Mitgliederforen/Kreisdelegiertenversammlung**  
**02. KDV am 17.04. 2015**

**ANT 025/02**

Antrag Nr.

**Matthias Köhne / Knut Lambertin**

**03.04.2015**

Antragsteller:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**[Einigung]**

1 Der Kreisverband Pankow wird derzeit öffentlich als uneinig und geschwächt wahrgenommen. Da  
2 sich diese öffentliche Wahrnehmung nicht an Sach- sondern erneut an Personalfragen festmacht,  
3 hatte der Kreisvorstand einmütig beschlossen, für die anstehenden Personalentscheidungen zum  
4 geschäftsführenden Kreisvorstand und die Ende des Jahres beginnenden Aufstellungsverfahren  
5 für die Bezirksverordnetenversammlungen und das Abgeordnetenhaus Lösungsvorschläge zu  
6 erarbeiten, die den Kreisverband insgesamt abbilden und dadurch von einer möglichst breiten  
7 Mehrheit getragen werden können. Wichtigstes Ziel ist zunächst, möglichst geschlossen und  
8 sachorientiert in den kommenden Wahlkampf mit den politischen Mitbewerbern zu gehen.  
9 Weitergehende organisationspolitische und inhaltliche Überlegungen bleiben unberührt.

10  
11 In Umsetzung dieses einmütigen Beschlusses des Kreisvorstandes und basierend auf den  
12 Gesprächen des geschäftsführenden Kreisvorstandes, der Abteilungsvorsitzenden und der Amts-  
13 und Mandatsträger mögen die KVV und die KDV folgendes Verfahren beschließen:

14  
15 **Inhaltliche Debatten**  
16  
17 Berlin steht vor großen Herausforderungen. Wir halten z.B. die angespannte Situation der  
18 Mieterinnen und Mieter aber auch allgemein die Versorgung mit Wohnraum und anderer sozialer  
19 Infrastruktur gerade in unserem stark wachsenden Bezirk für herausragende Aufgaben. Wir  
20 wollen gute Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen und studentischen Wohnraum schaffen und  
21 erhalten. Für uns sind der öffentliche Personennahverkehr, die Elektromobilität und die soziale  
22 Gerechtigkeit zentrale Themen. Dazu werden wir uns aktiv und konstruktiv auf allen Ebenen  
23 unseres politischen Wirkens einbringen, wozu auch eine moderne Gleichstellungspolitik gehört.  
24 Unsere Partei ist berufen, die Interessen derer zu vertreten, die keine Lobby haben und derer, die  
25 ihre Interessen nicht durch immer professionellere plebiszitäre Elemente in einzelnen  
26 Politiksektoren durchsetzen. Wir stehen fest und entschlossen gegen rechte Umtriebe.

27  
28 Aber wir sind auch stolz auf uns und wollen das auch wieder selbstbewusst und offen sagen. Die  
29 Pankower SPD hat jüngste inhaltliche Debatten – z.B. bei der Energie- und Haushaltspolitik, der  
30 Sozial und Gleichstellungspolitik und vielen anderen Fragen – mitbestimmt. Es waren auch  
31 Pankower Genossinnen und Genossen, die den Mindestlohn und im Vergaberecht des Landes  
32 gleichen Lohn in Ost und West und für Frau und Mann durchgesetzt haben. Wir tragen  
33 maßgeblich Verantwortung für einen seriösen Haushalt im Land und Bezirk. Wir errichten neue

34 und sanieren Schulen, Sport- und Schwimmhallen und Fahrradwege. Und wir sind auch  
35 gemeinsam stolz darauf, auf Bezirks- und Landesebene maßgeblich personell vertreten zu sein.

36  
37 Beim Erstellen des Wahlprogrammes für die Wahlen 2016, mit dem wir die Pankowerinnen und  
38 Pankower bei den kommenden Wahlen für all unsere Ziele gewinnen können, werden wir nach  
39 Abschluss der Arbeit der im Dezember vereinbarten vier Arbeitsgruppen Bürgerforen durchführen  
40 (analog zum Bundestagswahlprogramm). Die Rückmeldungen aus den Bürgerforen werden in  
41 geeigneter Form in das Wahlprogramm eingearbeitet.

## 42 **Die nächsten innerparteilichen Prozesse**

43 Wir wollen auch in unserer Partei das Ziel der Gleichberechtigung von Mann und Frau weiter  
44 voranbringen. Die Debatte um Gleichstellung wollen wir neu in Gang bringen, die wichtigen und  
45 richtigen Vorschläge der AG Geschlechtergerechtigkeit auf Landesebene und unserer AG  
46 Gleichstellung müssen nicht nur einfach umgesetzt, sondern mit Leben erfüllt werden. Auf einer  
47 KDV wollen wir uns dafür auch Expertise von Außen holen. Darüber hinaus erarbeiten wir mit der  
48 Unterstützung des Kreisvorstandes einen Gleichstellungsbericht für unseren Kreis, der dort  
49 diskutiert und ggf. mit weiteren Maßnahmen untersetzt beschlossen werden soll, z.B., wie wir  
50 mehr Frauen für das Engagement in der SPD und auch als Bewerberinnen für Ämter und  
51 Mandate gewinnen können. Wir bekräftigen den politischen Beschluss, der im Vorfeld der letzten  
52 Aufstellungsverfahren gefällt wurde: Nämlich, dass je eine der beiden Listen für AGH und BVV  
53 von einem Mann und von einer Frau angeführt werden soll.

54 Wir werden weiter diskutieren, wie wir uns Beteiligung und Mitbestimmung in unserer Kreispartei  
55 in den kommenden Jahren vorstellen. Dazu werden wir die Vorschläge der Projektgruppe  
56 "Partizipation und Kreisstrukturen" aufgreifen und diskutieren. Wir wollen auch mehr  
57 Möglichkeiten für unsere Mitglieder schaffen, sich in inhaltliche Debatten einzubringen und am  
58 Ende auch inhaltliche Beschlüsse zu fassen. Die Beteiligung und Mitbestimmung der  
59 Stadtgesellschaft wird in Berlin eine immer wichtigere Rolle spielen. Deshalb werden wir weitere  
60 Vorschläge und Ideen diskutieren, wie wir nicht nur unsere Mitglieder, sondern insbesondere auch  
61 Bürgerinnen und Bürger in Pankow besser an Entscheidungen beteiligen können. Denkbar ist  
62 z.B., die bestehende Projektgruppe "Partizipation und Kreisstrukturen" zu beauftragen, sich mit  
63 den Prozessen der gesellschaftlichen Teilhabe auseinanderzusetzen.

64

## 65 **Vorschlag für die Aufstellungsverfahren**

66  
67 Die Berliner SPD ist als Landesverband Mitgliederpartei, deren große strukturelle Stärke die breite  
68 Kiezverankerung in den Abteilungen darstellt. Die Mitglieder vor Ort tragen die Partei und haben  
69 den direktesten Bezug zu den im Kiez lebenden Menschen, für die wir gemeinsam Politik  
70 gestalten wollen. Der Kreisverband Pankow hat schlechte Erfahrungen damit gemacht, bei der  
71 Aufstellung unserer Kandidatinnen/Kandidaten für das AGH und die BVV dem Votum der  
72 Mitgliedervollversammlungen in den Abteilungen teilweise nicht zu entsprechen und so den  
73 Kreisverband nicht in seiner Breite darzustellen. Insbesondere die Aufstellung eines Kandidaten  
74 gegen das klare Votum der Mitglieder vor Ort hat in unserem Kreisverband nachhaltige  
75 Verstimmungen verursacht.

76  
77 Wir schlagen deshalb gemeinsam vor, diesen Basisbezug politisch verbindlich neu mit Leben zu  
78 erfüllen, um den Kreisverband jenseits persönlicher Interessen zu einen. Wir gehen gemeinsam  
79 davon aus, dass alle Gremien bei ihren Vorschlägen im solidarischen Gesamtinteresse des  
80 Kreisverbandes Erfahrungen und Wahlaussichten angemessen gewichten.

81 Wir sind uns in dem Ziel einig, möglichst viele Abteilungen in ihren Kiezen bei den  
82 Aufstellungsprozessen zu berücksichtigen. Wir sind uns auch einig, dass dieses Ziel am  
83 sichersten durch das politisch verbindliche Prinzip von „Grundmandaten“ erreicht werden kann,  
84 wonach jede Abteilung zumindest eine/n sichere/n Kandidatin/-en für die BVV stellt. Da es bei 9  
85 Wahlkreisen für das AGH unmöglich ist, dass alle 13 Abteilungen jeweils eine/n Kandidatin/-en  
86 stellen können, gilt, dass die Kandidatinnen/-en für das AGH aus 9 Abteilungen kommen sollen.

87 a) Aufstellung AGH  
88

89 aa) Um ein rechtssicheres Verfahren zu gewährleisten, entscheidet die nach dem  
90 Wahlgesetz und den Statuten berufene Kreisdelegiertenversammlung die  
91 Wahlvorschläge für die Wahlkreise und die Reihung für die Liste, bei der das  
92 Reißverschlussprinzip gilt. Zur Reihung der Liste streben wir Einvernehmen an. Wir  
93 verabreden politisch verbindlich, dass eine Bezirksliste dann als einvernehmlich und  
94 für die KDV als politisch verbindlich gilt, wenn ihr 80% der anwesenden  
95 stimmberechtigten Mitglieder des Kreisvorstandes zustimmen. Im Übrigen macht der  
96 Kreisvorstand einen Mehrheitsvorschlag.  
97

98 bb) Wir verabreden gemeinsam, die Basis in den Abteilungsvollversammlungen  
99 deutlich zu stärken und deren Einschätzung vor Ort (Beschluss) politisch verbindlich  
100 durchzutragen und alle Kandidatinnen oder Kandidaten geschlossen zu akzeptieren,  
101 sofern folgende Voraussetzungen vorliegen:  
102

- 103 - Jede Abteilung kann grundsätzlich nur eine oder einen Kandidatin/Kandidaten  
104 aus ihrer Mitte für das Abgeordnetenhaus nominieren, um das Ziel zu  
105 verwirklichen, aus möglichst vielen Abteilungen Abgeordnete zu entsenden. Die  
106 Nominierung erfolgt auf ihrer Abteilungsvollversammlung für einen Wahlkreis im  
107 Abteilungsgebiet der nominierenden Abteilung. Haben betroffene Abteilungen  
108 zu Wahlkreisen ihres Abteilungsgebietes Konsens erzielt, können Abteilungen  
109 für ihr Abteilungsgebiet insgesamt auch mehrere Vorschläge aus ihrer Mitte  
110 machen oder statt eigener Mitglieder Genossinnen oder Genossen  
111 vorgeschlagen oder unterstützt werden, die nicht aus den betroffenen  
112 Abteilungen stammen. Entsprechendes gilt für Abteilungen, deren  
113 Abteilungsgebiet nicht mehrere Wahlkreise tangiert. Die Kandidaturen werden  
114 bis zu einem vom Kreisvorstand festgelegten Stichtag erklärt.  
115
- 116 - Soweit nach diesem solidarischen Verfahren, das der Mitnahme und Einung  
117 aller Gliederungen dient, ausnahmsweise Abteilungen unterschiedliche  
118 Nominierungsbeschlüsse für den selben Wahlkreis gefasst haben, nominiert  
119 eine „Wahlkreisvollversammlung“ wie folgt durch Beschluss:
  - 120 # Abstimmungsberechtigt sind alle im Wahlkreis wahlberechtigten SPD-  
121 Mitglieder.
  - 122 # Die von den Abteilungen nominierten Kandidatinnen und Kandidaten  
123 erhalten Gelegenheit zur Vorstellung; an der unmittelbar anschließenden  
124 Aussprache nehmen die Abstimmungsberechtigten der  
125 „Wahlkreisvollversammlung“ teil.
  - 126 # Diese Abstimmung der „Wahlkreisvollversammlung“ erfolgt unmittelbar  
127 nach der Aussprache durch geheime Urnenwahl in verschlossenen  
128 Umschlägen, die lediglich dann geöffnet werden, wenn an der Abstimmung  
129 mindestens 20% (Quorum) der Abstimmungsberechtigten teilgenommen  
130 haben und anderenfalls ungeöffnet vernichtet werden. Ein Votum als  
131 politisch verbindliche Empfehlung an die Kreisdelegiertenversammlung  
132 kommt dann nicht zustande.
  - 133 # Sofern keine Kandidatin/Kandidat eine absolute Mehrheit erzielt, wird  
134 analog unserer Wahlordnung ein zweiter Wahlgang nach dem gleichen  
135 Verfahren durchgeführt.
  - 136 # Das Abstimmungsergebnis ist grundsätzlich unmittelbar politisch  
137 verbindlich. Über etwaige Auffälligkeiten, das Abstimmungsergebnis oder  
138 das Nichterreichen des Quorums und die Vernichtung der dann ungültigen  
139 Urnenwahlbriefe berichtet der Kreisgeschäftsführer dem Kreisvorstand, der  
140 lediglich insoweit abschließend über die Übernahme dieses Votums der  
141 „Wahlkreisvollversammlung“ als politisch verbindliche Empfehlung an die  
142 Kreisdelegiertenversammlung befindet.

143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170

b) Aufstellung BVV/BA

aa) Um ein rechtssicheres Verfahren zu gewährleisten, entscheidet die nach dem Wahlgesetz und den Statuten berufene Kreisdelegiertenversammlung die Wahlvorschläge für die BVV und die Reihung für die Liste, bei der das Reißverschlussprinzip gilt. Die/der an Position eins Gesetzte ist zugleich Spitzenkandidatin/-Kandidat für das Amt der/des Bezirksbürgermeisterin/-Bürgermeisters. Zur Reihung der Liste streben wir Einvernehmen an; Wir verabreden politisch verbindlich, dass eine Liste dann als einvernehmlich und für die KDV als politisch verbindlich gilt, wenn ihr 80% der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Kreisvorstandes zustimmen.

Im Übrigen macht der Kreisvorstand einen Mehrheitsvorschlag.

bb) Bestehen gleichwohl mehr, als eine Kandidatur für beide oder einen dieser beiden ersten Positionen, votiert nach dem o.g. Verfahren zur „Wahlkreisvollversammlung“ eine „Kreisvollversammlung“; das Abstimmungsergebnis wirkt bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen unmittelbar politisch verbindlich.

cc) Wir verabreden gemeinsam, die Abteilungsvollversammlungen deutlich zu stärken und deren Einschätzung vor Ort (Beschluss) politisch verbindlich durchzutragen und alle Kandidatinnen oder Kandidaten geschlossen zu akzeptieren. Um den Kreisverband in seiner Gesamtheit zu einen und mitzunehmen verabreden wir solidarisch und politisch verbindlich für die Listenplätze 3 bis 15 Abteilungsgrundmandate (jede Abteilung bekommt einen Platz), ohne die Listenplätze 1 und 2 hierauf anzurechnen. Abweichungen sind grundsätzlich nur zulässig, wenn unsere Beschlusslage zum Reißverschlussprinzip sie erfordern.

Begründung:

Der Kreisvorstand der SPD Pankow hatte am 16.3.2015 einmütig beschlossen, dass der geschäftsführende Kreisvorstand (gKV) gemeinsam mit den Abteilungsvorsitzenden und unter Beratung des erweiterten gKV die Möglichkeit der Findung einer/eines Konsenskandidatin/-Kandidaten für den Kreisvorsitz ausloten und politisch verbindliche Verabredungen zur weiteren Zusammenarbeit im Kreisverband und den anstehenden Aufstellungsverfahren vereinbaren sollte.

In der geforderten Zusammensetzung erklärte am 26.3.2015 Knut Lambertin auf allgemeinen Wunsch seine Bereitschaft, für den Kreisvorsitz zu kandidieren, wenn 1. die amtierenden gKV-Mitglieder weiterhin ihre Funktionen ausüben und 2. eine Verständigung über eine möglichst breite Berücksichtigung aller Abteilungen bei den anstehenden Wahlen zur BVV und zum AGH erfolgt. Entsprechende Vorschläge waren im weiteren Verlauf Beratungsgrundlage.

In wenigen Punkten abweichende Vorschläge von 7 stimmberechtigten Kreisvorstandsmitgliedern wurden diskutiert und wo möglich im Konsens berücksichtigt. Als „killing point“ wurde der Dissens über das Verfahren der Aufstellung der AGH-Kandidaten erklärt, so dass die vom Kreisvorstand erwartete Einigung leider ganz ausblieb.

Der vorliegende Antrag ist der Versuch, nicht hinter den erreichten Punkt der tragfähigen Gemeinsamkeit zurück zu fallen und auf dieser Basis sowie weiterer Präzisierungen den größtmöglichen Konsens der Pankower SPD zu definieren.